



Steffen Kampeter
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Bettina Hagedorn
Platz der Republik
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-42 83

FAX +49 (0) 30 18 682-44 97

E-MAIL Steffen.Kampeter@bmf.bund.de

DATUM 21. November 2012

BETREFF Streckenführung der Hinterlandanbindung für die Fehmarnbelt Querung;
Presseveröffentlichungen in Medien Schleswig-Holsteins am 1./2. November 2012

BEZUG Ihre Berichts-anforderung vom 8. November 2012

ANLAGEN 1

GZ **IB 4 - Ve 5380/06/10006**

DOK 2012/1066606

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrte Frau Kollegin, *Liebe Bettina,*

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 8. November 2012. Sie bitten darin um Beantwortung von Fragen, die im Zusammenhang mit Presseveröffentlichungen in Medien Schleswig-Holsteins am 1./2. November 2012 mit dem Titel „Ramsauer wettert gegen Ostholsteinische Bürgermeister“ stehen und auf Aussagen von Bundesminister Dr. Peter Ramsauer zur Streckenführung der Hinterlandanbindung für die Fehmarnbelt Querung (FBQ) auf dem Infrastrukturforum des CDU-Wirtschaftsrates am 30. Oktober 2012 Bezug nehmen.

Hierzu übersende ich Ihnen den mir vom zuständigen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zugeleiteten Bericht zu Ihren Fragen.

Die Berichterstatterin und die Berichterstatter des Einzelplanes 12 erhalten über das Sekretariat des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einen Abdruck dieses Schreibens zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

**Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

Referat LA 17, Finanzierung von Bedarfsplanvorhaben Schiene

Zu den Fragen von Frau MdB Hagedorn wird wie folgt Stellung genommen:

1. Ist es richtig, dass Verkehrsminister Ramsauer im Rahmen des Infrastrukturforums des CDU-Wirtschaftsrates am 30. Oktober 2012 in Berlin u. a. folgenden Satz gesagt hat:
„Was habe ich auf die Bürgermeister eingeredet! Ich hab‘ denen (Anm.: den Bürgermeistern) gesagt: Nutzt doch die Jahrhundertchance, dass ihr aus Timmendorfer Strand und wie das alles heißt die Bahn rauskriegt, hinter eure Orte!“ Aber die Bürgermeister hätten nicht gewollt; „Nein“, hätten die gesagt, „da werden wir ja abgehängt!“

Antwort:

Die Forderungen aus Ostholstein, neben einer neuen 2-gleisigen Trasse für den Fern- und Güterverkehr die alte Strecke für den Nahverkehr aufrechterhalten zu wollen, hatte offensichtlich beim Bundesverkehrsminister zu der Annahme geführt, dass die Bürgermeister der Gemeinden eine ernsthafte Verlagerung der Bahnlinie aus den Ostseebädern nicht mehr wollen. Dies hatte der Bundesverkehrsminister in seiner Rede vor dem Wirtschaftsrat in Berlin angesprochen und seine Verwunderung über die vermeintliche Kehrtwende zum Ausdruck gebracht.

Die Diskussionen zu einer sogenannten 2 plus 1 Variante, nach der die alte Bahntrasse als mögliche Bäderbahn weiterbetrieben werden könnte, war vor dem o. g. Termin wiederholt als Überlegung in den Raum gestellt worden. Insbesondere die Fragestellung, ob eine solche Variante nicht zusätzlich in die Untersuchungen des Raumordnungsverfahrens einfließen sollte, hatte für entsprechende Aufmerksamkeit gesorgt. Dies hatte den Bundesverkehrsminister zu der Annahme veranlasst, dass die Gemeinden eine Verlegung der Bahnlinie aus den Ostseebädern nicht wirklich wollten, da sie befürchteten, dann schlechter an den öffentlichen Nahverkehr angebunden zu sein. Dies hatte der Bundesverkehrsminister als Umkehr von der bisherigen Position gedeutet.

Es ist nicht Absicht gewesen, in der o. g. Veranstaltung in Berlin Schlagzeilen in Ostholstein zu erzeugen, sondern der Bundesverkehrsminister setzt sich weiter für die Anliegen in der betroffenen Region Ostholstein ein. Bundesminister Dr. Ramsauer sicherte den Bürgermeistern unterdessen nicht nur seine weiterhin offene Gesprächsbereitschaft zu, sondern kündigte auch einen erneuten Besuch in Ostholstein im nächsten Jahr an.

2. Hat sich an dem Fakt, der in vielen Berichten des BMVBS zur FBQ nachzulesen ist, dass nämlich das Ministerium ebenso wie die DB überwiegend den Ausbau der vorhandenen Bestandstrasse in Ostholstein favorisiert, aktuell etwas geändert?
3. Hat sich etwas an der bisher vertretenen Auffassung des Verkehrsministeriums geändert, dass bedingt durch Staatsvertrag und BHO die Bestandstrasse vorrangig favorisiert wird?
4. Ist dem Minister bekannt, dass sich fast alle Bürgermeister seit langem vor Ort bekanntermaßen und wiederholt öffentlich FÜR einen Trassenausbau außerhalb der Ortskerne - insbesondere in den Ostseebädergemeinden – ausgesprochen haben, da – auch wenn die Orte dadurch schwieriger zu erreichen sind – der Vorteil der geringeren Lärmbelästigung die Nachteile deutlich überwiegt?
5. Welche Erkenntnisse hat Minister Ramsauer bei seinem Gespräch mit den Bürgermeistern und dem Landrat im Februar 2011 in Berlin im Ministerium gewonnen, als genau dieser Standpunkt der kommunalen Vertreter Gesprächsgegenstand war?

Antwort:

Die Fragen 2 – 5 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für den 2-gleisigen Ausbau einschl. Elektrifizierung der Bestandsstrecke sowie Umfahrung des Bereichs Neustadt (FFH Gebiet) und Oldenburg wurde eine Variante ermittelt, die die geltenden haushaltsrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit berücksichtigt. Dies ist die Vorzugsvariante 1 A, die den Ausbau der Bestandsstrecke einschließlich von zwei Umfahrungsbereichen favorisiert. Im Rahmen der Vorentwurfsplanung und zur Vorbereitung des Raumordnungsverfahrens im Bereich Lübeck – Großenbrode wurden auch für den Bereich der Ostseebäder sich aufdrängende Trassenalternativen untersucht.

Das vom Land Schleswig-Holstein (SH) durchzuführende Raumordnungsverfahren dient dazu, die raumordnerische Verträglichkeit hinsichtlich seiner Auswirkungen u. a. auf touristische, umwelt- und agrarstrukturelle Belange zu überprüfen. Weiterhin fließt eine von der Regionalkonferenz Ostholstein in Auftrag gegebene Betroffenheitsanalyse mit zahlreichen neuen Trassenvarianten in die Erwägung ein. Dazu wurden im Vorfeld umfangreiche Untersuchungen und Gutachten in den Korridor der Varianten in einer Gesamtfläche von ca. 22.000 Hektar erstellt. Ab Januar 2013 erfolgt zu den umfangreichen Unterlagen das eigentliche Bewertungsverfahren durch SH. Dann haben auch Betroffene die Möglichkeit zur Stellungnahme bei der Landesplanungsbehörde und können ihre Einwendungen dort anbringen und sich über den Verfahrensstand informieren.

Der Bund ist an den Verfahren nicht beteiligt; ein Eingreifen mit dem Ziel der Einflussnahme auf die Abwägung der widerstreitenden Interessen muss daher außer Betracht bleiben. Das Eisenbahn-Bundesamt als Planfeststellungsbehörde hat die ihm übertragene Aufgabe in unparteiischer Weise wahrzunehmen. Rechtlich zu beanstanden wäre es, wenn der Gestaltungsspielraum der Planfeststellungsbehörde von vornherein durch aktive Einflussnahme „auf politischer Ebene“ sachwidrig eingeengt würde. Die Planfeststellungsbehörde verlöre dann die erforderliche innere Distanz und Neutralität zu dem Vorhaben, über das zu entscheiden ihr allein gesetzlich aufgetragen ist. Zudem verfehlt dann die Beteiligung Dritter im Rahmen des Verfahrensablaufes regelmäßig ihren gesetzlichen Zweck.

Die transparente und offene Gestaltung des Prozesses mit größtmöglicher Information ist jedoch ein Anliegen, welches der Bund befürwortet und unterstützt.

Nach Kenntnis des BMVBS ist mit Planfeststellungsbeschlüssen voraussichtlich ab 2015 zu rechnen. Gegen die Entscheidung der Planfeststellungsbehörde steht der Verwaltungsweg offen.

6. Welche Erkenntnisse hat Minister Ramsauer gewonnen, als er im Juni 2011 im ICE-Cockpit von Lübeck nach Fehmarn fuhr, um die Betroffenheit für die Anwohner der Bestandsstrasse nachvollziehen zu können?
7. Wie ist es angesichts dieser Hintergründe zu verstehen, dass der Minister beim CDU-Wirtschaftsrat den tatsächlichen Sachverhalt in Ostholstein diametral verdreht dargestellt hat?
8. Wird der Minister sich bei den Bürgermeistern Ostholsteins für seine falschen öffentlichen Aussagen zu Lasten der gewählten Amtsträger entschuldigen?

Antwort:

Wegen des Sachzusammenhangs werden die Fragen 6-8 gemeinsam beantwortet.

Bei der Mitfahrt des Bundesverkehrsministers im Führerstand eines Nahverkehrstriebwagens im Juni 2011 erfolgte eine umfangreiche Diskussion mit den einzelnen Bürgermeistern und anwesenden Abgeordneten aus dem Bund und der Region. Dabei wurden sowohl Zustimmung für den Ausbau der Bestandsstrecke als auch Forderungen nach Umfahrung einzelner Abschnitte (u. a. Timmendorfer Strand) herausgearbeitet. Es fand eine rege Diskussion zu den Problemen statt. Darüber hinaus erfolgten aber keine Festlegungen auf bestimmte Trassenvarianten.

Im Übrigen wird auf die Antworten zu Fragen 1 – 5 verwiesen.